Veranstaltungen

Ehe und Familie im Fokus von Fremdenpolizei und Migrationsrecht
Wir freuen uns, RA Marc Spescha ein weiteres Mal als Referent zu einem Bereich des Migrationsrechtes ankündigen zu können: dem Schnittbereich mit dem Familienrecht. Dieser Vortrag wird daher auch speziell für FamilienrechtlerInnen interessant sein.
Er wird darüber referieren, wie der Status von MigrantInnen durch Wechselfälle des Lebens gefährdet werden kann, namentlich durch Ehestreitigkeiten, Trennungen, Todesfälle in der Familie und Sozialhilfeabhängigkeit. Diskutiert werden sollen auch die aktuellsten Behinderungen der Eheschliessung im Falle weggewiesener Asylsuchender und Sans Papiers. Dies alles auch unter Bezugnahme auf aktuelle Entwicklungen in Praxis und Rechtsprechung.

Datum: Dienstag, 19. Januar 2010
Zeit: 19:00 Uhr
Ort: Restaurant Weisser Wind, Oberdorfstr. 20, 8001 Zürich, Neuzofingersaal

Fachtagung
Behinderte Menschenrechte?!
Eine Fachtagung anlässlich des zweiten Geburtstages des UNO-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Auch wenn die Schweiz das Abkommen (noch) nicht ratifiziert hat, soll seine potentielle heilpädagogische, rechtliche und institutionelle Bedeutung in der Schweiz interdisziplinär diskutiert werden.

Datum: Freitag, 4. Dezember 2009
Ort: Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, 8050 Zürich

Detaillierte Angaben und Anmeldung können auf djs-jds.ch heruntergeladen werden.

Beachtet auch die beiliegende Einladung zur Veranstaltung "Strafverfahren gegen Beamte und Behördenmitglieder" vom 24. November 2009.

Vernehmlassung

Administrative Unterstellung der Bau- und Steuerrekurskommissionen unter das Verwaltungsgericht
Die beabsichtigte administrative Unterstellung der Rekurskommissionen unter das Verwaltungsgericht und deren Aufwertung zu erstinstanzlichen Gerichten begrüssen wir. Allerdings stehen wir der vorgeschlagenen Beibehaltung der örtlichen Zuständigkeitskreise am künftigen Baurekursgericht ablehnend gegenüber. Zudem fordern wir strengere Unvereinbarkeitsregeln für die künftigen erstinstanzlichen Bau- und Steuerrekursrichter.

Die vollständigen Antworten zu allen Vernehmlassungen können auf djz.ch heruntergeladen werden.

Politisches

Gamma
Höchst bedauerlicherweise haben die Stadtzürcher Stimmberechtigten die Zuschauerfichen, die Datenbank Gamma, mit über 70% abgesegnet. Die DJZ und die übrigen Mitglieder des Komitees sind besorgt über diesen Entscheid. Nichtsdestotrotz danken wir allen, die sich für ein Nein eingesetzt haben.

Beschwerden

Polizeigesetz: Teilerfolg vor Bundesgericht

Die meisten werden es bereits vernommen haben: das Bundesgericht hat in seinem Urteil vom 30. September unsere Beschwerde gegen das kantonale Polizeigesetz in verschiedenen Punkten gutgeheissen. Wir sind erfreut über diesen Ausgang und vor allem über die praxisrelevanten Präzisierungen.
Aufgehoben wurden die Paragraphen zur polizeilichen Video- und Tonüberwachung sowie zur Aufbewahrung der Daten. Durch die verfassungskonforme Auslegung wurde der Einsatz von Schusswaffen dahingehend eingeschränkt, dass die betroffene Person ein schweres Delikt begangen haben muss und objektiv gefährlich sein muss. Bezüglich der Identitätskontrollen bestätigte das Bundegericht seine bisherige Praxis. Kontrollen sind nur zulässig, wenn die Person einen erkennbaren objektiven Anlass dazu gibt.

Die schriftliche Urteilsbegründung werden wir, sobald sie vorliegt, auf der DJZ-Website zum herunterladen zur Verfügung stellen.

Beschwerde gegen das BWIS-Konkordat eingereicht

Rechtsanwältin und DJZ-Mitglied Manuela Schiller hat im Namen von diversen Fans, dem BWIS-Referendumskomitee und den DJZ beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht gegen das Zürcher Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Gerügt werden Verletzungen von Verfahrensrechten, Grundrechten wie Versammlungsfreiheit, persönliche und Bewegungsfreiheit und im Grundsatz die derogatorische Kraft des Bundes(straf)rechts.

Der vollständige Text der Beschwerde kann auf djz.ch heruntergeladen werden. Wir danken Manuela Schiller für die geleistete Arbeit.

DJS

Abstimmungen November

Die DJS haben zu der Minarettverbotsinitiative die Nein-Parole und zu der GSoA Kriegsmaterialexportverbots-Initiative ein Ja beschlossen.

Biometrische Ausländerausweise

In der Vernehmlassung zur Verordnung zur Einführung der Biometrie in Ausländerausweisen haben die DJS nochmals mit Nachdruck auf ihre ablehnende Haltung gegenüber biometrischen Datenbanken hingewiesen. Die erlaubte Höchstzahl gespeicherter Fingerabdrücke regen wir an, auf höchstens zwei zu limitieren. Wer Zugang zu den Datenbanken bekommen wird, muss unseres Erachtens in einem formellen Gesetz definiert werden. Die vollständige Vernehmlassung findet sich auf djs-jds.ch.

Mit herzlichen Grüssen
Für den Vorstand,

Alecs Recher, Geschäftsführung
14. Oktober 2009